



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 836 890

P/XI/212 - 14. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Vor der Saarlösung	S. 1
Einigung nicht mehr aufzuhalten (Bericht aus Italien)	S. 2
Ruf der Jugend - menschliche Kontakte mit der Zone verstärken	S. 4
West und Ost in der Verheimlichung der Atomgefahr einig	S. 5

## Eine erfreuliche Nachricht

Der. Das deutsch-französische Verhältnis im ersten Jahrzehnt der Nachkriegszeit war vor allem durch die leidige Saarfrage schwer belastet. Lange Zeit trug sich Frankreich mit dem Gedanken, diesen Teil deutschen Bodens vom Mutterland abzutrennen und als eigenen Zwergstaat zu etablieren. Eine missgeleitete Europapolitik der grössten deutschen Regierungspartei trat, um es sehr gelinde zu sagen, nicht immer mit der gebotenen Einsicht solchen, durch die Psychose der unmittelbaren Nachkriegszeit bedingten Bestrebungen entgegen. Die Abstimmung vom 23. Oktober vorigen Jahres wirkte nach langen Perioden des Hin- und Herziehens um die Menschen an der Saar wie ein reinigendes Gewitter; über den Willen der Saarbevölkerung konnte nunmehr kein Zweifel bestehen. Klar lautete der Auftrag von Saarbrücken an Paris und Bonn, als den entscheidenden Mächten, alle Schritte zur Rückkehr des Saarlandes zum Mutterland einzuleiten.

Die seitdem geführten Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich stehen nun vor dem Abschluss. Als zehntes Bundesland wird das Saargebiet ab 1. Januar nächsten Jahres der Bundesrepublik angehören. Dies ist eine der erfreulichsten Nachrichten für das deutsche Volk seit den düsteren Tagen des Zusammenbruchs. Für unüberwindbar gehaltene Schwierigkeiten und psychologische Hemmnisse wurden, weil von beiden Seiten der gute Wille Pate stand, in zähen Verhandlungen behoben. Von beiden Seiten waren Zugeständnisse erforderlich, aber die Opfer, die sie enthalten, sind für alle zumutbar.

Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man in dieser Regelung, die nur noch der Zustimmung der parlamentarischen Körperschaften bedarf, einen Modellfall für die deutsche Wiedervereinigung erblickt. Der Verdacht, dass sich Frankreich an dieser Lebensfrage des deutschen Volkes passiv, wenn nicht gerade ablehnend verhalte, wird durch seine Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland entkräftet. Damit wird eine Quelle ständiger Misstrauens zwischen beiden Ländern für alle Zeiten verstopft und die Bahn für eine deutsch-französische Zusammenarbeit in grösserem Rahmen zum Wohle beider Völker und ganz Europas freigelegt.

\* \* \*

Sozialistische Wiedervereinigung - und was dann?

PE-Rom, Mitte September

"Die sozialistische Vereinigung ist auf dem Marsch. Ich glaube, es dürfte sehr schwer sein, sie noch aufzuhalten." Mit diesen zu dem Vertreter einer grossen Tageszeitung gesprochenen Worten verliess der französische sozialistische Senator Pierre Commin Rom, wo er einige Tage hindurch als Beauftragter der Sozialistischen Internationale daran gearbeitet hat, in zahlreichen Verhandlungen mit den prominenten Persönlichkeiten der Sozialisten und der Sozialdemokraten die in der Begegnung Nenni-Saragat geschaffene Verständigungsbasis zu konsolidieren. Auch der frühere Ministerpräsident Mario Scelba hat beinahe zur selben Zeit die Überzeugung geäussert, dass die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien nur mehr eine Frage relativ kurzer Zeit sei. Zum Unterschied von Commin machte Scelba diese Feststellung freilich mit allen Anzeichen der Missbilligung - begreiflich bei dem Manne, dessen Name gleichbedeutend geworden ist mit einem scharf rechtsgerichteten Polizeisystem, das zwischen Kommunisten und Sozialisten kaum einen Unterschied machte.

Gleich Commin und Scelba sind die meisten politischen Beobachter der Ansicht, dass sich die nunmehr angebahnte Zusammenschlussbewegung nicht mehr wird aufhalten lassen, ungeachtet mancher ideologischer Schwierigkeit und trotz des "Drucks von beiden Seiten", dem nach einer Äusserung des französischen Unterhändlers die beiden sozialistischen Parteisekretariate ausgesetzt sind. Dieser "Druck" darf nicht wundernehmen. Es ist klar, dass den Kommunisten die Aussicht, die Nenni-Sozialisten mit ihren vier Millionen Wählern demnächst ins demokratische, antitotalitäre Lager abschwanken zu sehen, keineswegs ins Programm passt; eine solche Entwicklung würde doch zu den schwersten Niederlagen des Kreml in den letzten Jahren westlich des Eisernen Vorhangs zählen. Daher lässt Togliatti eifrig seine Querverbindungen zu den am weitesten links stehenden Elementen der Nenni-Sozialisten spielen, mit dem Ziel, die Wiedervereinigung vielleicht doch noch in letzter Minute zum Scheitern zu bringen.. Auf der anderen Seite aber sehen sich die Sozialdemokraten einem analogen "Druck" von der Democrazia Cristiana ausgesetzt, die aus mancherlei Gründen die sozialistische Wiedervereinigung nicht mit ungemischten Gefühlen kommen sieht.

Alladem aber steht in beiden sozialistischen Lagern der immer

stärker werdende Wunsch gegenüber, den unseligen Bruderstreit beizulegen, nicht minder aber auch die Hoffnung, eine Einheitspartei werde in allen kommenden politischen Entwicklungen Italiens eine grosse Rolle zu spielen haben.

Nicht umsonst sieht der zwischen Nenni und Saragat besprochene Aktionsplan drei Etappen vor: Schaffung einer gemeinsamen Plattform, gemeinsame Listen bei den nächsten Parlamentswahlen und erst auf der dritten Entwicklungsstufe den effektiven Zusammenschluss. Denn sowohl Nenni wie auch Saragat sind offenbar der Überzeugung, dass Sozialisten und Sozialdemokraten, die bei den Gemeinderatswahlen im Mai beide gut abschnitten, obwohl sie damals getrennt in den Wahlkampf zogen, je einander noch immer bekriegt, bei einem Auftreten mit gemeinsamen Listen grosse Erfolge erzielen müssten.

#### Innenpolitische Wirkungen

Optimisten in den beiden Parteisekretariaten erhoffen für diesen Fall einen Stimmenzuwachs von rund zwei Millionen, und diese Rechnung erscheint gar nicht so abwegig, wenn man weiss, welche Anziehungskraft eine antitotalitäre sozialistische Einheitsliste auf die Massen der italienischen Arbeitnehmer, aber auch auf breite Schichten der bürgerlichen Intelligenz ausüben könnte.

Angesichts der Unwahrscheinlichkeit, dass die Democrazia Cristiana mit ihrem starken linken, sozialreformerisch eingestellten Flügel bereit sein sollte, ein Bündnis mit den Monarchisten und Neufaschisten einzugehen und sich damit gewissermassen offiziell als "konservativ" oder gar "reaktionär" zu deklarieren, darf man, falls die Dinge sich wirklich so weiterentwickeln, wie oben skizziert wurde, für 1957 oder 1958 mit einer neuen Regierungsmehrheit in Italien rechnen, gebildet aus Christlichen Demokraten und den wiedervereinigten Sozialisten. Ihr wäre es vorbehalten, jene zahlreichen eingreifenden wirtschaftlichen und politischen Reformen zu verwirklichen, die seit langem mehr als dringlich sind, die bisher aber stets an dem mächtigen Widerstand starker Wirtschaftsmächte gescheitert sind.

Dass eine solche "schwarz-rote" Koalition sehr wohl imstande sein kann, fruchtbare aufbauende Arbeit zu leisten und eine freie demokratische Entwicklung zu sichern, hat ja das Beispiel Österreichs recht überzeugend dargetan.

Es gibt auch eine politische Jugend!

ok. In den letzten Wochen konnte man es mit der Angst bekommen: schon beim Morgenkaffee wurde der Bundesbürger von den Schlagzeilen überfallen, es habe mal wieder einen "Halbstarken-Krawall" gegeben. Für die Wehrfreudigen im Lande ein willkommener Anlass, den Segen baldiger Einberufungen zu rühmen...

Natürlich darf man an den hier und da stattgefundenen Ausschreitungen Jugendlicher nicht gleichgültig vorübergehen - sie sind aber nicht Grund genug, darüber die ernste politische Arbeit zu vergessen, die auch von der Jugend getan wird. So hat dieser Tage z.B., von der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht beachtet, der "Ring politischer Jugend" in Goslar getagt. Jungsozialisten, Jungdemokraten und Junge Union setzten sich an einen Tisch, um gemeinsam über gesamtdeutsche Fragen zu sprechen: die Jugend der drei demokratischen Parteien will die Versöhnung zwischen hüten und drüber aufbauen.

Zentralpunkt der Diskussionen war ein Referat Herbert Wehners über die Bedeutung des XX. Parteitags der sowjetischen Kommunisten für die Politik in der Sowjetzone. Hat sich drüben etwas geändert oder hat sich nichts geändert? Die Versammelten waren sich einig darüber, dass man die schwachen Ansätze zur Entstalinisierung auch von der Bundesrepublik aus mit allen tauglichen Mitteln fördern muss. Eines davon ist die verstärkte Kontaktaufnahme mit der Zonenjugend. Goldene Worte fand der Sprecher der Jungen Union, als er forderte, keinen Gespräch mit überzeugten Kommunisten auszuweichen und überhaupt mehr Reisen in den Thüringer Wald und an die Ostsee zu unternehmen als nach Italien. Auch der Vorsitzende der Jungdemokraten will die "Auseinandersetzung im Geistigen", meint aber, dass man vordergründig den höheren Lebensstandard der Bundesrepublik unterstreichen soll. Die Jungsozialisten dagegen waren der Auffassung, dass die "gefüllten Schaufenster" heute ihre Anziehungskraft weitgehend eingebüsst haben.

Und in der Tat: Mit Apfelsinen und Schokolade lässt sich ein Streit um die bessere Gesellschaftsordnung nicht mehr führen. Die Jungsozialisten wandten sich vor allem gegen die öde Schwarz-Weiss-Malerei mancher Bundespolitiker, für die es neben dem Wirtschaftswunder Westdeutschland nur eine Hungerzone des Kommunismus gibt. So redet man gewiss aneinander vorbei. Die sozialdemokratische Jugend gibt sich nicht den geringsten

Illusionen über die "DDR" hin - aber sie meint, dass man mit der SBZ-Jugend sehr viel sachlicher reden muss, als das bisher geschah.

Ein interessanter Gesichtspunkt: tut es auf die Dauer gut, der Zone stets und ständig vorzuwerfen, sie erfülle ihre Wirtschaftspläne nicht, sie produziere nur Ausschussware? Die Polemik müsse ihre Grenzen haben, meinen die Jungsozialisten und erinnern daran, dass unter grössten Schwierigkeiten tätige Arbeiter drüben doch irgendwie stolz auf seine Leistung sei - ohne sich dabei im mindesten mit dem Regime zu identifizieren. Man darf diese ganz persönlichen Leistungen nicht ignorieren. Die Berufsantikommunisten in der Bundesrepublik vergessen allzuleicht, dass die Verhältnisse drüben noch sehr viel schlimmer wären, wenn nicht der ausgepowerte Arbeiter sein Bestes hergäbe. Kein Grund zur Freude, wenn die Zone aus ihren Versorgungsschwierigkeiten nicht herauskommt! Auch Herbert Wehner unterstreicht nachdrücklich, dass der Westen die Verpflichtung hat, alle progressiven Entwicklungstendenzen in Mitteldeutschland zu fördern und jede, auch die geringste, Verbesserung des Lebensstandards drüben im Interesse der Menschen zu begrüssen.

Anerkennung des Ostzonenabiturs? Die Jungsozialisten sagen ja und erinnern daran, dass es in der Bundesrepublik "Akademiker" gibt, die ihren Dokortitel mit einer Arbeit über "Die Reheitszeichen der NSDAP" erworben haben. Und so gab es manche Fragen in Goslar, die auf eine klügere Differenzierung drängen. Die Jugend der demokratischen Parteien war sich darüber einig, dass Kontakte mit den Jugendlichen der Zone intensiver als bisher, herzlicher, realistischer und unverceingener, gesucht werden müssen. Offizielle Berührungen mit den FDJ-Leitungen aber werden weiterhin abgelehnt. Und das ist gut so, wenn man nicht im Naturschutzpark der vom Volk isolierten SED den Gärtner spielen will.

\* \* \*

Seit einiger Zeit erscheint in München ein Organ zur Bekämpfung des Atom-Missbrauches und der Atom Gefahren "Das Gewissen", verantwortlicher Herausgeber Wolfgang Bartels, München 19, Tizianstrasse 1. Der dritten Nummer entnehmen wir folgenden Beitrag. Er ist nach unserer Ansicht ein gutes Beispiel für die nach allen Seiten unabhängige Art der Zeitschrift, über diese entscheidend wichtigen Fragen zu berichten und sie zu beurteilen. D.Red.

#### Verschwörung der Atom-Strategen!

Trotz aller platonischen Versicherungen der Bereitwilligkeit zur Einstellung der Atombomben-Versuche fahren West und Ost, sich gegenseitig die Schuld zuschiebend, fort, die Verbrechen an der Menschheit durch weitere H-Bomben-Explosionen zu vermehren. Nachdem die USA mit zwei zugegebenen und acht geheimgelassenen, aber dennoch bekanntgewordenen H-Bomben-Versuchen in der Südsee scheinbar für dieses Jahr erstmals Schluss

gemacht haben, begannen zur Abwechslung in den letzten Augusttagen die Sowjetrussen ihre wie üblich nicht angekündigten H-Bomben-Explosionen fortzusetzen, mit denen sie im Herbst 1955 begonnen hatten. Zu gleicher Zeit liessen auch die Briten mitteilen, dass sie noch im Laufe des Septembers die diesjährige Serie ihrer Wasserstoffbombenexperimente ergänzen wollten, um im nächsten Frühjahr weitere derartige Versuche zu unternehmen. So werfen sich die Atomnächte gegenseitig die Bälle zu und setzen sich einmütig über alle Proteste und Warnungen der aufrechten Wissenschaftler hinweg.

Aber nicht nur über die Fortsetzung der lebensgefährdenden Atom-bombenversuche besteht stillschweigendes Übereinkommen, dieselbe Harmonie zwischen Ost und West ist auch in der Verheimlichung der Atomgefahren festzustellen. Die grossen Atomnächte, die ängstlich ihr Atomwaffenmonopol hüten, möchten gern die Menschen blind wissen vor den heute schon vorhandenen und sich noch steigenden schädlichen Auswirkungen der Atomwaffenversuche. Koexistenz in der Verschwörung des Schweigens!

Ob in den USA, ob in der Sowjetunion, haben wie drüben trachten die Atomkriegsstrategen und Atomkriegsspezialisten darnach, entweder die durch die Atomwaffenversuche entstandenen radioaktiven Gefahren als unbedeutend und als überwunden hinzustellen oder ganz totzuschweigen. Die amerikanischen, britischen und sowjetischen Atomkriegsplaner möchten sich bei ihren verkärgnisvollen Vorbereitungen nicht durch Proteste und Widerstände ihrer oder anderer Völker stören lassen. Die Solidarität der Coufelei, wie wir sie bezeichnen möchten, ging beispielsweise auf der Genfer technischen Atomkonferenz der UN im vorigen Jahre soweit, dass amerikanische und sowjetische Delegierte zwar die Köpfe zusammensteckten und ihre bisherigen Erfahrungen über Atomschäden austauschten, jedoch über die Ergebnisse der geheim geführten Verhandlungen kein Sterbenswörtchen verlauten liessen. Beteiligteten sich die sowjetischen Delegierten schon an der Atomgeheimdiplomatie, so hatten sie ebensowenig dagegen einzuwenden, dass der amerikanische Biologe und Nobelpreissträger Muller nicht zu Wort kam, um seine Forschungsergebnisse über Erbschädigungen durch radioaktive Strahlen vor der Genfer Konferenz darzulegen.

Man könnte diese bezeichnende, den Interessen der Völker zuwiderlaufende Haltung der Sowjetrepräsentanten in Genf 1955 vielleicht verstehen, wenn ein Stalin noch unumschränkt im Krenl regieren würde. War er es doch - und sein gelehriger, französischer Schüler Thorez hat es nachgeplappert -, der meinte, ein Atomkrieg werde gar nicht so schrecklich sein, wie ihn die Feinde der Sowjetunion hinstellten. Jedenfalls das russische Volk würde einen Atomkrieg überleben. Stalin hatte gut reden, wahrscheinlich dachte er an seinen todsicheren Atombunker. Kritischer war schon Malenkow, der in einer einsichtsvollen Stunde bekannte, kein Volk werde einen Atomkrieg überleben. Aber er wurde zurückgepfiffen, nicht etwa von dem inzwischen verstorbenen Stalin, sondern von den heutigen Sowjetmachthabern! Das russische Volk soll offenbar ohne Scheu und Angst der Hölle eines Atomkrieges gegenüberstehen. Darum auch in der Sowjetunion die ängstliche Geheimhaltung aller Auswirkungen der Atombombenversuche vor dem eigenen Volk und die gemeinsam mit den Amerikanern geübte Totschweigetaktik über die schädlichen Folgen der H-Bombenexperimente.

Ganz so unbekümmert und robust wie die Sowjets können die Atomkriegsspekulanten auf der anderen Seite natürlich nicht zu Werke gehen. Trotz aller Beschönigungs- und Vertuschungsversuche gegenüber den - 7 -

wirklichen Atomgefahren können sie nicht vermeiden, dass, ausgehend von der Weltmeinung, auch das amerikanische Volk allmählich immer mehr beeindruckt wird. Bisher war die Bevölkerung der USA in der Erkenntnis und Bewertung der durch die A- und H-Bomben-Versuche entstandenen gefährlichen Folgen genauso rückständig wie das sowjetische Volk. Schuld an diesem beklagenswerten Zustand hat vor allem die amerikanische Presse, die geflissentlich alle für die Atomkriegspläne unangenehmen Tatsachen verschweigt und dem Problem Nr. 1: "Schluss mit den A-Bomben-Versuchen!" wenig oder gar keine Aufmerksamkeit schenkt. Nur ganz wenige tagfere publizistische Stimmen und vereinzelte Warnungen unerschrockener Gelehrter drüben gegen den Wahnsinn der Atombombenexperimente waren bisher zu hören. Es ist nicht verwunderlich, wenn der Protest- und Abwehrwille der US-Bevölkerung noch schwach ist, zumal auch die berufenen grossen gewerkschaftlichen Massenorganisationen, die sonst immer bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Stelle sind, zu diesem in ganz Europa und Asien leidenschaftlich diskutierten Problem schweigen. Wir hoffen, nicht mehr länger, damit auch in den USA ein Gesinnungsdurchbruch erfolgt.

\* \* \*

#### Der Papst verdammt!

##### Enzyklika zum Verbot der Atomwaffen ?

In katholischen Kreisen des Rheinlandes wird lebhaft eine Nachricht aus Rom besprochen, derzufolge Papst Pius XII. eine Enzyklika zum Verbot der Atomwaffen und jeglicher Experimente mit ihnen vorbereitet hat. Jeder soll verdammt werden, der in Dienste der Atomenergie für kriegerische Zwecke steht. Ist er Katholik, so wird er exkommuniziert.

Diese konsequente Haltung des Papstes nach seinen verschiedenen Aufrufen habe, so wird glaubwürdig versichert, in den westlichen Atomländern Bestürzung und Aufregung ausgelöst. Bisher seien jedoch alle Bemühungen vergeblich gewesen, den Papst von seiner Verdammung der Atomwaffen und der Atomkriegsvorbereitungen abzubringen.

(Aus der Zeitschrift "Das Gewissen")

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau